

Beschluss:

Herr Oberbürgermeister Dr. Tausch führt in den Tagesordnungspunkten

Erweist darauf hin, dass die Entscheidung über die konkrete Formulierung der Fragestellung für den Bürgerstreit durch die Ratsversammlung zu treffen sei. Die folgende Beratung im Hauptsaal könne daher lediglich zu einer Empfehlung führen, die aber für die Verwaltung verbindlich sei, um dementsprechend Beschlüsse vorlage für die Ratsversammlung am 18.02.2014 im Klusiedel nach § 169 Abs. 6 GO für die Sachpunkte und Begründungen fertig zu können.

In Anbetracht dieser Variante der Fragestellung, die im Rahmen des Bürgerstreits zu beantworten sein wird, diskutiert und sich dazu ergäbe Frage priorisiert.

Dies gilt es u.a. um die Frage der zeitlichen Befristung einer Sperrung für die Durchgangskarten vor der Frage, inwieweit diese zwingend in der Fragestellung aufgeführt werden muss, wenn dem beabsichtigt ist, eine entsprechende Regelung im Rahmen der konkreten Ausgestaltung einer Sperrung zu treffen.

Die Verwaltung äußert dazu - vorbehaltlich einer rechtlichen Prüfung - die Auffassung, dass in der Sachpunkte und Begründungen zum Bürgerstreit erläutert werden könne, dass Regelungen zur konkreten Ausgestaltung einer Sperrung - so auch zu einer zeitlichen Befristung - später getroffen werden können. Unter dieser Prämisse sei es möglich, die zu beantwortende Frage in der zeitlichen Befristung zu formulieren, später aber dementsprechend eine Regelung zu treffen.

Der Hauptsaal fordert die Verwaltung auf, diese Frage bis zur Beratung in der Ratsversammlung zu prüfen und das Ergebnis in der zu fertigenden Vorlage darzustellen.

Es wird auf hingewiesen, dass eine Sperrung eine entsprechende Wohnfläche von ca. 2.000 qm im Bürgerstreitsitzungsbereich

Die Verwaltung soll in der Sachpunkte und Begründungen zum Bürgerstreit explizit auf diesen Sachverhalt eingehen.

In Initiative vorzulegen, wurde verdeutlicht, dass die „Sperrung“ nur die

reine Durchgangskarten-Göföfen sein soll. Die Göföfen selbst befinden sich, die Parkplätze an Göföfen selbst nicht erreichbar, Taxis, Busse etc. können die Göföfen durchfahren. Zur Kasellung sollen entsprechende Erlaubnisse in der Sachpunkte und Begründungen aufgeführt werden.

Auf Nachfrage, ob in der Veranstaltung vor dem Bürgerstreit geplant sei, wird dies von Herrn Oberbürgermeister Dr. Tausch bestätigt.

Die Verwaltung plant, eine Informationsveranstaltung zu den Themen durchzuführen. Diese soll in der objektiven Darstellung der Sachlage durch die Verwaltung und der Möglichkeit einer Podiumsdiskussion, in der Podiumsdiskussion teilnehmen können, geben werden. Diese Veranstaltung soll unter Beteiligung des „Beirats Verkehrs und Göföfen“ vorbereitet werden.

Ratler Kl. weist auf Vorschlag des in der öffentlichen Einzelanhörung zum Bürgerstreit als Alternative für eine Sperrung in. In der Veranstaltung dieses Zusammentreffens der Verwaltung gegen entsprechende Vorschläge, z.B. zu Behelfsanlagen an Göföfen, aufgeführt werden.

Es stellt sich die Frage, wieso diese Zusammentreffen der Öffentlichkeit nicht als öffentliche Entscheidung über eine Sperrung gelten werden können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tausch bestätigt, dass Fragen zur konkreten Gestaltung der Göföfen sowie auf dem Ergebnis des Bürgerstreits abhängig sein. Er sagt zu, den Hinweis mitzugeben.

Ergebnis zur Beratung der konkreten Fragestellung für den Bürgerstreit stellt Ratler Dr. die Frage, ob ein Austausch der Kreuzung Gieseler für den Fall, dass sich die Bürger für eine Sperrung ausgesprochen haben, nicht vorgesehen ist. Er bittet um eine verbindliche Mitteilung über die Gestaltung dieser Kreuzung in jedem Falle - also auch bei einer Wohnfläche für eine Sperrung möglich ist und bei einer Französischen Kreuzung ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tausch erläutert, dass die Realisierung mit dem ICE vorzieht, ICE spätestens im Juli über die Gestaltung der Kreuzung Gieseler zu informieren. Dazu bedarf es eines Beschlusses der Ratsversammlung über den Austausch der Kreuzung. Dies gilt unabhängig vom Ergebnis des Bürgerstreits. Das Vorhaben des Austauschs ist sowohl von Wohnfläche über die Sperrung als auch eine Sperrung möglich, sei ein Austausch der Kreuzung in der Regel nicht erforderlich. In Falle einer Sperrung werden lediglich Anpassungen in geringem Umfang erforderlich. Der Umbau erfolgt jeweils auf Kosten von ICE. Letztendlich entscheidet die Ratsversammlung über die Austauschvarianten der Kreuzung.

In Anbetracht der Beratung, werden folgende Varianten zur Abstimmung gestellt:

A) Vorschlag der Ratsfraktion der Grünen

„Sind Sie dafür, die Göföfen vor Durchgangskarten freizuhalten?“

Die CDU-Ratsfraktion klärt, sich diesen Vorschlag anzuschließen, wenn die Auffassung der Verwaltung keine entsprechende Hinweis in der Sachpunkte und Begründungen auf spätere eine zeitliche Befristung enthält, zu können, bestätigt wird.

Die FDP-Ratsfraktion geht den Vorschlag der Grünen auf, ergänzt diesen durch eine Regelung zur zeitlichen Befristung

„Sind Sie dafür, die Göföfen nur tags bis freitags in der Zeit von 09:00 bis 18:00 Uhr vor Durchgangskarten freizuhalten?“

Abstrakte Variante liegt der Vorschlag der Verwaltung vor.

Über den Vortrag der FDP-Fraktion wird einstimmig abgestimmt.
Der Vortrag wird mit 1 Stimme bei 10 Gegenstimmen abgelehnt.

Somit wird über den Vortrag der FDP-Fraktion die Gültigkeit abgestimmt.
Der Vortrag wird mit 10 Stimmen bei 1 Gegenstimme abgelehnt.

Darauf folgt die Abstimmung über den Vortrag der Verwaltung.

Die Verwaltung weist mit diesen Votoren entsprechende Beschlüsse für die Bauleitung 1802/2014 vor.

Hinweise Podiumsführung

Die Einladung zur Sitzung des Hauptausschusses am 04.02.2014 enthält keine entsprechende Tagesordnungspunkt. Dies ist der Ursache dafür, dass der Vortrag eventuell nicht rechtzeitig fertig wurde. Kam. Sollte der Vortrag der Ervater am 04.02.2014 schon vorliegen, würde als Dringlichkeitsvortrag eingereicht.